



18 Irrtümer über die Olympia-Bewerbung – und unsere Antworten darauf

Immer wieder treten Gegner der Olympia-Bewerbung auf den Plan und stellen Behauptungen auf, die suggerieren sollen, dass Olympische und Paralympische Winterspiele in München und Garmisch-Partenkirchen (mit der Kunsteisbahn Königssee) nicht mit einem modernen Umwelt- und Naturschutz vereinbar und für die Menschen in den beteiligten Kommunen sogar schädlich seien. Diese Behauptungen treffen nicht zu. Sie beruhen teils auf falschen Annahmen, teils ignorieren sie die von der Bewerbungsgesellschaft erarbeiteten Konzeptionen, teils geben sie bloße Vermutungen ohne jeden Beleg wieder.

Im Folgenden setzen wir uns mit den 18 gebräuchlichsten Thesen gegen Olympische und Paralympische Winterspiele in München und Garmisch-Partenkirchen auseinander und geben Antworten darauf. Alle Belege, die wir vortragen, sind nachprüfbar. Wer zusätzliche Informationen benötigt, wende sich bitte an das Kommunikationsteam (Tel. 089 - 540 428 – 320 oder per E-Mail an presse@muenchen2018.org).

I.

„München plus 4 (Ruhpolding, Inzell, Oberstdorf und Garmisch-Partenkirchen) wäre das ökologisch bessere Modell gewesen, das man hätte unterstützen können.“

Das ist falsch. Im Gegenteil, dieses Modell würde

- mehr Verkehr auf längeren Wegen auslösen,
- mehr Flächenverbrauch durch zusätzliche Infrastruktureinrichtungen bedeuten und
- mehr Eingriffe in Natur und Landschaft notwendig machen.

So müssten bei der Nutzung weiterer Austragungsorte zwangsläufig auch weitere Olympische Dörfer, Medienzentren und Funktionsbauten (Telekommunikation, Organisation etc.) errichtet werden. Darüber hinaus entstünde ein stark erhöhtes Verkehrsaufkommen von München bzw. Garmisch-Partenkirchen zu und innerhalb aller Austragungsorte durch Zuschauer, Verantwortliche und Medienvertreter, das mit dem bestehenden Verkehrsnetz nicht zu bewältigen wäre. Es wäre daher ein erheblicher Aufwand für den Ausbau von Straßen erforderlich, zumal entsprechende Bahnlinien nicht zur Verfügung stehen. Dieser Ausbau würde abgesehen von den enormen fi-

nanziellen Belastungen zu erheblichen Umwelteingriffen führen und wäre für das nach-olympische Verkehrsaufkommen nicht nachhaltig.

Zudem würde eine solche Ausweitung Münchens Chancen im internationalen Wettbewerb massiv beeinträchtigen, denn der Grundgedanke Olympischer Spiele ist es, Sportler/innen aus allen Kontinenten und aus den unterschiedlichsten Sportarten zusammenzubringen, um die internationale Verständigung zu fördern. Olympische Spiele sind eben nicht eine Addition von Weltmeisterschaften, sondern haben einen ausgesprochen integrativen Charakter. Sie ziehen ihre Faszination gerade aus der einzigartigen Verbindung ganz unterschiedlicher Nationalitäten und Sportarten an möglichst einem Ort.

Daher legt das IOC einen extrem hohen Stellenwert auf das in Vancouver bereits erfolgreich umgesetzte Konzept von maximal zwei Olympischen Dörfern als Hauptunterkunft für die Sportler/innen. Gleiches gilt auch für die Unterbringung und die Arbeitsbedingungen der Medienvertreter in den zwei Mediendörfern und Medienzentren. Das IOC wünscht ausdrücklich „Unity in time and space“, also eine zeitliche und räumliche Einheit der Spiele.

Eine breitere Streuung auf mehr als zwei Standorte für die Bereiche Olympisches und Paralympisches Dorf und Presse- und Fernsehzentrum widerspräche der erwähnten olympischen Grundidee. Dass das IOC diesem Punkt große Bedeutung beimisst, macht nicht zuletzt auch die seit 22. Juni 2010 vorliegende Beurteilung des Mini Bid Book deutlich. Hier hat das IOC dem vorgestellten Münchner Konzept die höchste Note erteilt. Im Gegenzug ist ein Mitbewerber, der ein Konzept mit breiter gestreuten Standorten vorgeschlagen hatte, vom IOC zum Umplanen aufgefordert worden, um überhaupt wettbewerbsfähig zu bleiben.

Die existierende – und aufgrund der Weltmeisterschaft 2011 voll funktionstüchtige – Kunsteisbahn in Schönau am Königssee ist ein großer Vorteil unserer Bewerbung. Nicht nur weil Bob-, Rodel- und Skeletonbahnen extrem teuer sind, sondern auch weil sie, wenn sie neu errichtet werden, regelmäßig einen gravierenden Eingriff in Natur und Landschaft bedeuten, spricht sich das IOC explizit dafür aus, nach Möglichkeit bestehende Anlagen zu nutzen. Darum gehen wir für die Bob-, Rodel- und Skeleton-Wettbewerbe an den Königssee. Hier ist wegen der überschaubaren Zahl der Athleten kein eigenes Olympisches Dorf erforderlich, vielmehr werden sie in einem bereits projektierten Hotelneubau untergebracht.

II.

„Wir waren anfangs ja für die Spiele, aber auf unsere Anregungen ist man nicht eingegangen.“

Von Beginn an haben wir den Kontakt zu allen konstruktiven Kritikern gesucht, nicht nur zu Umwelt- und Naturschutzverbänden, sondern auch beispielsweise zu den Grünen auf den Ebenen Bund, Land und Kommunen. Wir haben sie regelmäßig über alle wichtigen Planungen informiert und sie zur kritisch-konstruktiven Mitarbeit eingeladen. Leider fehlte es gelegentlich an der Bereitschaft zum sachlichen Dialog und zum Zuhören.

So hatte beispielsweise unser Aufsichtsratsvorsitzender Michael Vesper, grünes Gründungsmitglied und seit vier Jahren Generaldirektor des DOSB, den Grünen in Garmisch-Partenkirchen angeboten, sie über die Bewerbung aus erster Hand zu informieren und bestehende Bedenken gemeinsam zu diskutieren. Nachdem sie dieses Angebot zunächst angenommen hatten, lud Korbinian Freier, Sprecher des Kreisverbandes, ihn anschließend wieder aus. Er schrieb: „Wir verzichten dankend darauf, Dich zu einer Informationsveranstaltung einzuladen, die öffentlich wäre. Das liegt hauptsächlich daran, dass wir vor allem als Grüne sehr stark von der Olympia-Bewerbung profitieren... Es wäre also eine politische Dummheit, einen Grünen hier pro Olympia sprechen zu lassen.“ Worum geht es da – um die Sache oder um andere Zwecke? Wir wünschen uns eine Kultur des Dialogs und des wechselseitigen Respekts und wir plädieren dafür, die Debatte zu versachlichen.

III.

„Das Verfahren ist intransparent. Keiner weiß, unter welchen Bedingungen Olympia kommt. Und egal was jetzt zugesagt wird: Das alles kann das IOC einseitig aufkündigen.“

Das Gegenteil ist der Fall. Das Mini Bid Book ist, entgegen allen Behauptungen der Olympia-Gegner, seit langem auf der Homepage der Bewerbungsgesellschaft einzu-sehen. Auch die Inhalte des Bid Book werden öffentlich kommuniziert. Vertreter der Gesellschafter und der Bewerbungsgesellschaft waren immer wieder im Rahmen von öffentlichen Veranstaltungen und Sitzungen zugegen und haben den jeweils aktuellen Stand der Planungen erläutert und zur Diskussion gestellt. Im Oktober 2010 werden die Eckpunkte des Bid Book in öffentlichen Sitzungen den Entscheidungsgremien aller Beteiligten vorgelegt. Auch dies ist Teil des transparenten Verfahrens.

Das Bid Book, das am 11. Januar 2011 abzugeben ist, ist einen Tag später öffentlich. Im Bid Book sind sämtliche Rahmenbedingungen der Spiele im Detail aufgeführt. Sein Inhalt bildet die Grundlage für den Host City Vertrag, der nach der IOC-Entscheidung am 6. Juli 2011, noch vor der Verkündung des Abstimmungsergebnisses zu unterzeichnen ist. Nachträgliche Änderungen können nur aus zwingenden Gründen und nur einvernehmlich erfolgen.

IV.

„Nur noch der Deutsche Alpenverein (DAV) arbeitet am Umweltkonzept der Bewerbung mit. Dessen Präsident ist wegen der Ablehnung der Olympia-Bewerbung zurückgetreten.“

Beide Behauptungen sind falsch. In der Fachkommission Umwelt arbeiten nach wie vor u. a. mehrere Umweltverbände (etwa Landesbund für Vogelschutz, Naturfreunde, Deutscher Naturschutz Ring) konstruktiv mit. Der Rücktritt von Herrn Prof. Röhle, dem bisherigen DAV-Präsidenten, hatte nichts mit inhaltlichen Meinungsverschiedenheiten über die Olympia-Bewerbung zu tun, sondern hatte allein verbandspolitische Gründe.

Übrigens wird das Umweltkonzept vom Öko-Institut und von der Deutschen Sporthochschule Köln erarbeitet und begleitet; beide sind hoch anerkannte Institutionen, die sich niemals für ein „Green Washing“ hergeben würden.

V.

„Mit dem Biosphären-Reservat ist das Herzstück des Umweltkonzepts gescheitert.“

Das Biosphären-Reservat war als eines von 18 Umwelt-Leitprojekten geplant. Es ist nicht an der Bewerbungsgesellschaft gescheitert. Nur unter der Voraussetzung der breiten Zustimmung aller Akteure kann ein solches Projekt gelingen. Die Vorbehalte gegenüber dem Biosphären-Reservat konnten in den beteiligten Kommunen in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit nicht ausgeräumt werden.

Die Fachkommission Umwelt hat an Stelle des Biosphären-Reservats einvernehmlich das Projekt „Natur, Kulturerbe und Bildung“ in das Umweltkonzept aufgenommen, welches unter Beteiligung u.a. des DAV und des Landesbundes für Vogelschutz erarbeitet wurde.

VI.

„Im Vorfeld der Ski-WM wurden Zusagen nicht eingehalten. Es hat massive Eingriffe in die Kandahar gegeben.“

Hierüber gibt es unter den Beteiligten offenbar unterschiedliche Ansichten. Unabhängig davon, wie man diesen Sachverhalt bewertet, kann er jedenfalls nicht der Olympia-Bewerbung angelastet werden. Die Ski-WM 2011 war längst vergeben, die Baumaßnahmen waren bereits im Gange, als die Olympia-Bewerbung auf den Weg gebracht wurde. Fakt ist, dass an der Kandahar für die alpinen Ski-Wettbewerbe bei den Olympischen und Paralympischen Winterspielen 2018 nichts geändert werden muss. Sie kann exakt so genutzt werden, wie sie im Jahr 2011 vorhanden ist.

VII.

„Olympische und Paralympische Winterspiele machen vor dem Hintergrund des Klimawandels in Garmisch-Partenkirchen keinen Sinn.“

Nach einer wissenschaftlichen Klimaprognose, die Prof. Dr. Seiler, Umweltbeauftragter von Garmisch-Partenkirchen, bis zum Zeithorizont 2040 für Bayern erstellt hat, wird sich das Klima in den kommenden 30 Jahren voraussichtlich um 1,5°C erwärmen; interpoliert bis 2018 bedeutet das eine Steigerung um etwa 0,3 bis 0,4°C. Diese Prognose deckt sich mit Untersuchungen des Deutschen Wetterdienstes.

Das Klima und die Temperaturentwicklung fallen aufgrund der orografischen Bedingungen in den einzelnen Regionen und von Tal zu Tal unterschiedlich aus. So liegt im Winter die Temperatur an der Kandahar-Skirennstrecke generell um etwa 2 bis 3°C niedriger als in Garmisch-Partenkirchen. Verantwortlich hierfür sind die Abschattung durch den Alpenkamm und die Abnahme der Niederschlagstätigkeit im Hoch-

winter bzw. die Zunahme klarer Nächte. Aufgrund von deren Ausstrahlungskälte werden nachts maximale Tiefsttemperaturen erzielt, so dass der dort liegende Schnee in der Nacht tief gefriert. Nachdem tagsüber in diesem Talkessel kaum Sonneneinstrahlung stattfindet, sind die Voraussetzungen für die Durchführung der Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2018 sehr günstig. Analysen des Deutschen Wetterdienstes ergaben, dass in dem hierfür geplanten Zeitraum im Februar/März in den letzten zehn Jahren die Schneedecke durchschnittlich 28,7 cm betrug.

VIII.

„Klimaneutrale Großveranstaltungen sind gar nicht möglich.“

Wir sind überzeugt, dass Klimaneutralität erreichbar ist. Zwar ist dieses große Ziel bei bisherigen Sportgroßveranstaltungen nicht realisiert worden. Die Bewerbung München 2018 hat sich aber ganz bewusst vorgenommen, die Vorbereitung und Durchführung sowohl der Olympischen als auch der Paralympischen Winterspiele klimaneutral zu gestalten. Zur Verwirklichung dieses ehrgeizigen und in der olympischen Geschichte bislang einmaligen Vorhabens verfolgt die Bewerbungsgesellschaft eine dreistufige, vom Öko-Institut erarbeitete CO₂-Strategie, die zunächst auf der Durchsetzung höchster Energieeffizienz in allen Planungs- und Durchführungsphasen, dann auf der Verwendung regenerativer Energien und schließlich für den verbleibenden Rest auf geeigneten Kompensationsmaßnahmen beruht.

Zehn unserer 18 ökologischen Leitprojekte sollen dazu beitragen, die Effizienzziele und den Einsatz erneuerbarer Energien umzusetzen. So werden die beiden Olympischen Dörfer als „Plus-Energie-Dörfer“ geplant, die mehr Energie produzieren, als sie verbrauchen. Mit dem Projekt „100 Sportvereine reduzieren 2018 t CO₂ pro Jahr“ gehen wir in die Breite und zeigen auf, wo zusätzlicher Klimaschutz im Alltag möglich ist. All diese Maßnahmen sind keine Eintagsfliegen. Sie werden noch viele Jahre und Jahrzehnte nach den Spielen 2018 Klima schonend wirken.

IX.

„Für Olympische und Paralympische Winterspiele müssen weitere Beschneiungsanlagen installiert werden.“

Die olympischen Wettbewerbe werden – mit Ausnahme der temporären Biathlon- und Langlauf-Anlagen im Schwaiganger – ausschließlich auf bereits bestehenden Pisten mit vorhandenen Beschneiungsanlagen ausgetragen. Das existierende Beschneiungssystem bedarf hierzu keiner weiteren dauerhaften Ergänzung. Auch die räumlich getrennten Anlagen am Gudiberg sind zur Alpinen Ski-WM 2011 so ausgestattet, dass selbst unter Berücksichtigung von zusätzlichen Wettkampfstätten im Zuge der Olympiaaustragung (Moguls und Arealen) keine weiteren dauerhaften Beschneiungsanlagen notwendig würden.

Im Hinblick auf die Biathlon- und Langlaufwettbewerbe im Schwaiganger wird für die technische Beschneiung ein Konzept erarbeitet, das wie die gesamte Sportstätte auf

Zeit angelegt sein und nicht zu einer dauerhaften zusätzlichen Beschneiungsanlage führen wird.

X.

„Für eine Vollbeschneiung sind weitere Speicherseen im Garmischer Classic-Gebiet erforderlich.“

Nein, für eine Vollbeschneiung aller Sportstätten im Zuge der Austragung der Olympischen und Paralympischen Winterspiele ist die Anlage eines dritten Speichersees nicht erforderlich. Das benötigte Wasser kann zukünftig auch der nur ca. 500 Meter vom Zielbereich der Kandahar entfernten Trinkwasserentnahmestelle Degernau entnommen werden, da sie im Hinblick auf die Trinkwasserversorgung des Marktes Garmisch-Partenkirchen durch die neue Entnahmestelle in der Nähe des Eibsees ersetzt wird. Dies erlaubt ein Nachfüllen der bestehenden Speicherseen. Die hierzu notwendige Infrastruktur ist bereits erstellt und wird im Jahr 2010 um ein Pumpwerk ergänzt.

Für die Pisten am Gudiberg erfolgt die Wasserversorgung derzeit aus der Partnach; sie wird zur Alpinen Ski-WM um das Wasser des Kainzenbades ergänzt, das künftig als "Speichersee" dienen wird.

XI.

„Die Olympischen und Paralympischen Winterspiele sind eine Bedrohung für Landschaft und Natur.“

Um die Gemeinden in den Bergen und ihre Landschaft und Natur zu schützen, wurde ein kompaktes Zwei-Park-System gewählt (siehe auch Punkt I.). Durch dieses Konzept ist es möglich, in vielen Bereichen vorhandene Infrastruktur zu nutzen, ohne einen massiven, dauerhaften Ausbau für Sportstätten und Funktionsflächen vornehmen zu müssen. Darüber hinaus werden temporäre Anlagen die notwendige Infrastruktur ergänzen, wie dies bei Großveranstaltungen durchaus üblich ist. Diese werden nach den Spielen sofort rückgebaut, so dass der Ursprungszustand der Flächen wieder hergestellt wird. München 2018 entspricht der olympischen Vorgabe einer „Einheit von Zeit und Raum“, um eventuelle Beeinträchtigungen vor, während und nach den Spielen zu minimieren.

XII.

„Das Konzept für die Sportstätten ist nicht nachhaltig, es besteht kein Bedarf für die Spitzensporteinrichtungen.“

Alle Planungen haben sich an den vorhandenen Zielen der Region orientiert und auf diesen aufgesetzt. So fehlt nach dem Sportstättenentwicklungsplan in München seit Jahren eine geeignete, erstligataugliche Multifunktionshalle für Eishockey, Basketball oder andere Sportarten. Durch den Bau einer solchen Halle an der Stelle der Eventarena wird diese Angebotslücke zukünftig geschlossen. Für den Breitensport stehen nach-olympisch zusätzliche oder aufgewertete Eisflächen zur Verfügung.

Wenn kein dauerhafter Bedarf erkennbar ist (z.B. Eisschnelllaufhalle oder eine Sportstätte für Langlauf und Biathlon), werden die benötigten Sportstätten temporär errichtet. Auf diese Weise wird der Bau „Weißer Elefanten“ vermieden.

XIII.

„Für die Olympischen Spiele in München müssen mehr Sportstätten neu gebaut werden als in den anderen Bewerberstädten. An anderer Stelle stehen bereits 100 Prozent der benötigten Sportstätten zur Verfügung.“

Beide Behauptungen sind falsch. München wird über 15 Sportstätten verfügen, von denen mehr als die Hälfte, nämlich acht, bereits existieren. Drei Sportstätten werden für die Spiele neu gebaut und nachhaltig weitergenutzt. Vier werden temporär errichtet, also nach den Spielen wieder rückgebaut. Wie aus dem IOC 2018 Working Group Report hervorgeht, der die Mini Bid Books der drei Bewerberstädte technisch analysiert, verfügen die Mitbewerber jeweils über sieben bestehende Anlagen und haben zwei in Planung, die unabhängig vom Zuschlag zur Host City errichtet werden. Die übrigen Anlagen müssen neu errichtet werden. Wer an weiteren Informationen interessiert ist, kann den erwähnten Report im Internet einsehen (http://www.olympic.org/Documents/Host_city_elections/2018_Working_Group_Report_EN.pdf).

XIV.

„Im Zuge der Olympischen Winterspiele werden die Hotelkapazitäten massiv ausgebaut.“

Allein für die Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2018 muss kein einziges Hotel für Gäste und Besucher neu gebaut werden. Die vorhandenen Hotelkapazitäten zuzüglich solcher Hotels, die ohnehin geplant sind und für die unabhängig von Olympia schon Baurecht vorliegt, reichen aus, um den IOC-Forderungen zu genügen. Für das Snow Village in Garmisch-Partenkirchen und die Athletenunterkünfte am Königssee sind nachhaltige und permanente Unterkünfte geplant, sofern sich Privatinvestoren finden.

XV.

„Für die Olympia-Bewerbung werden Milliarden von Steuergeldern in überregionale und lokale Verkehrsinfrastruktur fließen.“

Alle Straßenprojekte, die im Bewerbungskonzept enthalten sind, sind ohnehin geplante Maßnahmen, die existierenden Planwerken (z.B. Bundesverkehrswegeplan, den Bedarfsplänen der Länder oder den Verkehrsentwicklungsplänen der Städte und Kommunen) entlehnt sind. Olympia kann – und soll – bestenfalls ohnehin geplante Projekte beschleunigen.

Der Ausbau der A 99, die Südtrasse durch den Perlacher Forst, die sechsspurige Erweiterung der A 8 sowie der Umbau der Landshuter Allee in München sind nicht, wie manchmal behauptet wird, Bestandteil des Bewerbungskonzeptes. Auch eine dritte Startbahn am Münchner Flughafen ist für die Durchführung der Spiele nicht erforderlich.

Für die Region Garmisch-Partenkirchen ist der Ausbau der B2 im Anschluss an die A 95 Richtung Süden bis Oberau mit Auerbergtunnel ohnehin geplant und wird unabhängig von den Olympischen Winterspielen realisiert. Die Aufteilung auf zwei „freie“ Bundesstraßen am Ende des Farchanttunnels stellt eine kontinuierliche Verbesserung der Gesamtleistungsfähigkeit dar.

Die Umfahrung von Garmisch Partenkirchen mittels Kramertunnel (Spatenstich unabhängig von Olympia noch im Juli) und Wanktunnel ist von der lokalen Bevölkerung seit Jahren dringend gewünscht und gefordert. Diese Maßnahme wird zu einer erheblichen Verkehrs- und damit Lärm- bzw. Schadstoffentlastung im Ortsbereich Garmisch-Partenkirchen führen.

Der existierende Fußweg entlang der Bahn- und Zugspitzbahntrasse soll lediglich an wenigen Stellen temporär seitlich mit Schotter verbreitert werden, um für Rettungsdienste und Katastrophenschutz Bewegungen zu ermöglichen. Der „normale“ Olympiaverkehr würde im Einrichtungsverkehr auf dem bereits heute ausreichend befestigten Weg verkehren. Ein dauerhafter Ausbau ist nicht vorgesehen.

Das einzige Infrastrukturprojekt, das ausschließlich aufgrund der Olympischen Winterspiele realisiert werden würde, ist der Ausbau der Bahnstrecke zwischen Tutzing und Murnau, der den Zugverkehr in der Region attraktiver machen wird. Die Strecke erhält in diesem Bereich zusätzliche ausreichend lange zweigleisige Abschnitte, die einen flexiblen Begegnungsverkehr ermöglichen. Mit umfassenden Maßnahmenpaketen, die zwischen 2014 und 2017 umgesetzt werden, können die Fahrzeit zwischen München und Garmisch-Partenkirchen auf ca. 70 Minuten reduziert, die Fahrplansicherheit erhöht und die Taktdichte auf 4 Züge pro Stunde und Richtung verstärkt werden.

XVI.

„Der Widerstand gegen die Bewerbung in den betroffenen Kommunen wächst. Die Bevölkerung lehnt sie ab.“

Fakt ist, dass die demokratisch gewählten Gremien – also der bayerische Landtag, der Stadtrat der Landeshauptstadt München und die Gemeinderäte von Garmisch-Partenkirchen und Oberammergau sowie der Landkreistag von Berchtesgaden – jeweils mit überwältigenden Mehrheiten der Bewerbung zugestimmt haben. Alle bekannten Umfragen signalisieren deutliche Mehrheiten in der Bevölkerung.

Dass die Biathlon- und Langlaufwettbewerbe nicht in Oberammergau stattfinden können, liegt allein daran, dass etwa die Hälfte der Grundstückseigentümer der betroffenen Flächen nicht bereit war, ihr Land für die temporäre Einrichtung der Loipen für zwei Jahre zur Verfügung zu stellen. Das ist aber nicht die Mehrheit der Menschen in Oberammergau, sondern eine Minderheit. Deswegen werden diese Wett-

bewerbe nun im Schwaiganger stattfinden. Nicht ein Bürgerbegehren, sondern allein die ungeklärte Grundstücksfrage in Oberammergau hat zum Verzicht auf diesen Standort geführt.

Dass sich eine Opposition gegen eine Olympia-Bewerbung richtet, ist weder neu noch in einer demokratischen Gesellschaft überraschend. So hatte es auch in Vancouver im Vorfeld der Bewerbung ein Bürgerbegehren gegeben, bei dem sich 64 Prozent der Wahlberechtigten für die Spiele ausgesprochen haben. Das Ergebnis: wunderbare Spiele, die von den Menschen in Kanada als hervorragende Gastgeber angenommen wurden.

XVII.

„Olympia kostet den Steuerzahler über 3 Milliarden Euro – und das für ein zweiwöchiges Ereignis.“

Zunächst einmal geht es nicht nur um die Olympischen Winterspiele, sondern auch um die Paralympics, die die Kritiker gern ausblenden. Insgesamt handelt es sich um einen Zeitraum von eineinhalb Monaten.

Das Gesamtbudget wird sich voraussichtlich auf rund 3 Mrd. Euro belaufen. Dabei ist aber zu unterscheiden zwischen dem Durchführungsbudget auf der einen und dem Investitionsbudget auf der anderen Seite:

Das Durchführungsbudget, das etwa ein Drittel umfasst, wird vollständig finanziert durch Zuwendungen des IOC, nationale Sponsoren, Eintrittsgelder und Lizenzverkäufe. Es schließt nach den Planungen mit einer schwarzen Null ab. Hierfür werden keine Steuergelder benötigt.

Das Investitionsbudget ist wiederum zu untergliedern in olympiabedingte Maßnahmen und sogenannte „Sowieso-Maßnahmen“, die ohnehin geplant sind und lediglich vorgezogen werden. Beide Bereiche umfassen etwa je ein Drittel des Gesamtbudgets.

Die „Sowieso-Maßnahmen“ betreffen Ausgaben der öffentlichen Hand und privater Investoren. Hierunter fallen die Straßen- und Schieneninfrastruktur, die von Bund, Freistaat und Kommunen getragen werden, sowie andere Investitionen, für die private Investoren aufkommen werden. Ohnehin geplante und von der Bevölkerung dringend gewünschte Projekte wie der Ausbau der B2 Eschenlohe-Farchant fallen unter dieses Budget. Auch unabhängig von Olympia geplante private Hotelinvestitionen sind hier einzurechnen.

Die Maßnahmen, die olympiabedingt sind, also nur beim Erfolg der Bewerbung umgesetzt werden, umfassen beispielsweise die Schieneninfrastruktur, die für die Austragung der Spiele notwendig ist und in den Zuständigkeitsbereich der DB AG fällt, den Bau von Sportstätten, der von Bund, Freistaat und Kommunen abgedeckt wird, sowie den Bau der Medien- und Olympischen Dörfer, der über private Investoren erfolgen wird. Hinzu kommen die Olympischen Dörfer in München und Garmisch-Partenkirchen sowie das permanente Mediendorf in München. In München entscheidet die Stadt, ob das Olympische Dorf über eine städtische Wohnungsbaugesell-

schaft oder einen privaten Investor gebaut wird. Die entstehenden 1.300 Wohnungen werden nach den Spielen im engen Wohnmarkt München sicherlich gut vermarktet werden können. Ebenso hält es der Freistaat beim Mediendorf. Der permanente Anteil des Olympischen Dorfes in Garmisch-Partenkirchen wird über einen privaten Investor realisiert.

Fazit: Es ist unredlich und falsch, Investitionen für seit Jahrzehnten geplante Ortsumgehungen oder dringend benötigte Infrastrukturmaßnahmen den Olympiakosten zuzuschlagen. Für die Durchführung der Spiele werden keine öffentlichen Mittel benötigt. Dass der Bau von Straßen aus den Verkehrshaushalten des Bundes und der Länder finanziert wird, ist wahrlich keine Neuigkeit. Das gilt für alle Bundes- und Landstraßen – und nicht nur für die, die im Fall eines Erfolgs der Bewerbung vorgezogen werden.

XVIII.

„Die Olympischen Spiele sind eine rein kommerzielle Veranstaltung.“

Falsch. Grundlegendes Prinzip des Olympismus ist, wie es in der Olympischen Charta festgeschrieben wurde, „den Sport in den Dienst der harmonischen Entwicklung des Menschen zu stellen, um eine friedliche Gesellschaft zu fördern, die der Wahrung der Menschenwürde verpflichtet ist“. Die Olympische Bewegung erreicht bei Olympischen Spielen „in der Zusammenführung der Athleten der Welt zu einem großen Fest des Sports“, den Olympischen Spielen, ihren Höhepunkt. Olympia soll durch faire sportliche Wettkämpfe zwischen jungen Menschen aus aller Welt in ganz unterschiedlichen Sportarten zur Völkerverständigung und zum Frieden beitragen. Das belegen nicht nur die Athletinnen und Athleten. Auch etwa 25.000 Volunteers würden durch ihr freiwilliges Engagement die Olympischen Werte erleben und sich für die Olympische Idee aktiv einsetzen.

Um die Spiele in der heutigen Zeit durchführen zu können, benötigt das Internationale Olympische Komitee (IOC) finanzielle Mittel. Diese erhält es überwiegend dadurch, dass es sein geistiges Eigentum, vor allem die Olympischen Begriffe und die Olympischen Ringe als weltweit bekanntestes Symbol, mit großem Erfolg vermarktet. Die Zahlen im Einzelnen sind vollkommen transparent und können, öffentlich zugänglich, den Berichten des IOC entnommen werden.

Was häufig übersehen wird: Von diesen Einnahmen gibt das IOC im Rahmen der „Olympic Solidarity“ über 90 Prozent an die 205 Nationalen Olympischen Komitees in aller Welt sowie an die internationalen Sportverbände weiter. Darüber hinaus werden davon die operativen Kosten der Durchführung von Olympischen Spielen mitfinanziert. So erhält zum Beispiel das Organisationskomitee der Olympischen Spiele 2012 in London vom IOC Geld- und Sachleistungen im Wert von über 1 Milliarde US Dollar.

Das IOC hat im Hinblick auf Werbung und Sponsoring eiserne Regeln eingeführt, die den Auftritt von Sponsoren bei Olympischen Spielen eng begrenzen. So wird man bei Olympischen Spielen keine Bandenwerbung wie bei nationalen und internationalen Fußballereignissen erleben, auch keine Sportler als wandelnde Litfaßsäulen. All

dies ist untersagt. Lediglich der Ausrüster darf in einem 20 Quadratcentimeter großen Feld auf der Kleidung erscheinen.

Nur durch dieses Organisations- und Finanzierungsmodell kann auch die Durchführung der Paralympics gesichert werden. Hierzu erhält im Übrigen auch das Internationale Paralympische Komitee (IPC) finanzielle Zuwendungen des IOC.